

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 38/ 18. 12. 2002

AKTIV

Nochmalige Mitteilung des hese-Projektes: Die Unterschriftenaktion für den Freiburger Appell wird auf vielfachen Wunsch mehrerer Länder vorerst bis Ende Januar 2003 verlängert. Es kann also weiter gesammelt werden. Mehr als 300 Ärzte, weit über 100 Organisationen und viele tausend Unterstützer befürworten mittlerweile die Forderungen des Freiburger Appells. Mittlerweile haben sich auch der BUND sowie Bündnis 90/Die Grünen/Landesverbände Berlin und Saar angeschlossen.

Rückfragen zur laufenden Aktion können per e-mail gestellt werden an: emf-mobilfunk@hese-project.org .

<http://www.hese-project.org> (inzwischen in vielen Sprachen) oder
http://www.elektrosmognews.de/Freiburger_Appell.pdf

Unterstützerformular (hier kann jeder unterschreiben!): <http://www.elektrosmognews.de/support.doc>
(Word für Windows) <http://www.elektrosmognews.de/support.pdf> (pdf-Format)

Formular für Ärzte (hier können nur Ärzte unterschreiben!) <http://www.elektrosmognews.de/aerzte.doc>
Livelisten (Ärzte, Unterstützer, Organisationen), aktueller Stand:
<http://www.elektrosmognews.de/livelisten.htm>

=====

CHEMICALIEN - ACRYLAMID

Acrylamid zum ersten Mal im Körper direkt nachgewiesen / Warum Pommes, Chips und Co. das Leben verkürzen

Berlin (ots) Zum ersten Mal ist es Wissenschaftlern gelungen, Acrylamid im menschlichen Körper direkt nachzuweisen. Dieser Stoff hat in Versuchen bei Tieren Krebs erzeugt und deren Erbgut geschädigt. Er steht in Verdacht, bei Menschen ähnlich zu wirken. "Auf jeden Fall sollen die Verbraucher ihr Essverhalten ändern," sagt der Nürnberger Pharmakologe Prof. Fritz Sörgel. "Denn vermutlich gibt es durch Acrylamid heute schon 50 bis 100 zusätzliche Krebstote je eine Million Einwohner. Das heißt, etwa 8.000 Deutsche könnten jedes Jahr den Bratkartoffel-Tod sterben."

Acrylamid entsteht, wenn Nahrungsmittel - die Stärke und einen bestimmten Eiweißbaustein enthalten - über 170 Grad hinaus erhitzt werden. Schwedische Forscher hatten erstmals im Frühsommer dieses Jahres auf gesundheitliche Risiken hingewiesen, die beim oftmaligen Genuss von Chips, Pommes, Toastbrot und vielerlei Nussarten entstehen können.

Im Institut für Biomedizinische und Pharmazeutische Forschung in Nürnberg-Heroldsberg sind mit dem Magazin AKTE 02 (Dienstag, 26.11.02, 22.15 Uhr in Sat.1) eine Vielzahl von Lebensmitteln untersucht worden. Darunter Popcorn, Bratkartoffeln, paniertes Fisch, Leber, Lebkuchen, Pfeffernüsse, dunkles Brot und sogar die Weihnachtsgans. Nach dem Verzehr haben die Forscher Prof. Fritz Sörgel und Dr. Martina Schippers im Urin das Acrylamid nachgewiesen, das bis zu 24 Stunden im Körper bleibt. "Unser Anliegen mit den Versuchen ist es", so Institutsleiter Prof. Dr. Fritz Sörgel, "Millionen Deutschen nicht den Spaß am Genuss zu verderben, sondern ihnen konkrete Tipps zu geben, wie sie ihrer Lieblingspeise ohne Risiko treu bleiben können."

Mehr dazu in AKTE 02/48 - REPORTER DECKEN AUF am Dienstag, 26. November 2002, 22.15 Uhr in Sat.1 Frei zur Veröffentlichung bei Quellenangabe AKTE 02, ots Originaltext: Sat.1 Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmaid=6708 , <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=399659> Rückfragen: Eva Bons, Tel.: (02227) 90 50 20 Helga Hörnle, Sat.1 Programm-Kommunikation / PR Tel.: (030) 2090-2385, Fax: (030) 2090-2337

CHEMIKALIEN - ANTIBIOTIKA

Studie soll Antibiotikaspuren im Trinkwasser nachgehen. Forscher wollen Proben aus ganz Bayern untersuchen

NÜRNBERG (sto). In einem Forschungsprojekt der Universität München soll untersucht werden, ob sich im Trinkwasser Rückstände von Antibiotika nachweisen lassen.

Bisher sei lediglich bekannt, daß Antibiotikarückstände im Oberflächenwasser zu finden sind, erklärte Bayerns Gesundheitsminister Eberhard Sinner bei der Vorstellung des Forschungsprojektes in Nürnberg. Mit der Studie solle nun untersucht werden, ob sich diese Rückstände auch im Trinkwasser niederschlagen.

In Europa werden nach Angaben des Bayerischen Gesundheitsministeriums jährlich etwa 30 000 Tonnen Antibiotika verschrieben, davon rund 65 Prozent für Menschen. In den Krankenhäusern habe sich der Antibiotikaeinsatz in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Ein bundesweites Forschungsprojekt habe unter anderem in Flüssen und Seen nicht unerhebliche Mengen an Antibiotika nachgewiesen, die offensichtlich über das Abwasser in die Gewässer gelangen, so das Ministerium.

In dem Forschungsvorhaben unter Leitung von Dr. Harald Mückter von der Universität München, das von der Gesundheitsinitiative "Bayern aktiv" gefördert wird, soll jetzt geklärt werden, ob sich solche Rückstände auch im Trinkwasser nachweisen lassen. "Wäre das so, müßten wir handeln", betonte der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), Professor Volker Hingst. "Antibiotika sind ein scharfes Schwert gegen Infektionskrankheiten. Diese Waffe wird aber schnell stumpf, wenn sie zu oft und ungezielt eingesetzt wird", sagte Hingst unter Hinweis auf Antibiotikaresistenzen.

Bei dem Forschungsprojekt arbeiten die Universität und das Landesamt zusammen. Untersucht werden Trinkwasserproben aus ganz Bayern, wobei ein Schwerpunkt auf Gebieten unter anderem in der Nähe von Krankenhäusern liegt. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich im kommenden Februar verfügbar sein. Der endgültige Bericht soll Mitte 2003 vorliegen.

Kommentar Scherrmann: Erstaunlich: Das Trinkwasser wurde bis jetzt wohl ueberhaupt noch nicht systematisch auf Antibiotikarueckstaende untersucht. Es stellt sich zudem die Frage, ob bzw. wann das Trinkwasser auf Anabolika und andere Medikamente (z. B. die "Pille") untersucht wird.

CHEMIKIEN - AUTOABGASE

Initiative "KEIN DIESEL OHNE FILTER" gestartet / Automobilindustrie soll ab Sommer 2003 nur noch Dieselfahrzeuge mit Rußfilter verkaufen

Berlin (ots) - Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Umweltverbänden, Automobil- und Verkehrsclubs, Gesundheitsexperten und Kinderschutzorganisationen hat heute in Berlin die Initiative "KEIN DIESEL OHNE FILTER" ins Leben gerufen. Dieselfahrzeuge sollen ab Sommer 2003 grundsätzlich nur noch mit Rußfilter oder einer gleichwirksamen Technologie verkauft werden. Zur Begleitung der Markteinführung soll die Dieselfilterung Mitte 2003 steuerlich gefördert werden. URL steht nicht mehr zur Verfügung

Partikelfilter gegen Dieselruß / Wirksame Waffe darf nicht stumpf bleiben / ADAC begleitet Initiative "Kein Diesel ohne Filter" technisch

München (ots) - Obwohl es mit dem Partikelfilter seit Jahren eine zuverlässige und ausgereifte Technik gibt, mit der sich Dieselruß fast vollständig vermeiden lässt, werden auch heute nur wenige Fahrzeuge mit dieser Technik ausgestattet. Der ADAC fordert deshalb die Automobilhersteller auf, mit der Senkung der Diesel-Partikelemission endlich ernst zu machen. Um dieses Ziel schneller zu erreichen, hat der Automobilclub jetzt die technische Begleitung der Initiative "Kein Diesel ohne Filter" übernommen, deren Träger und Koordinator die Deutsche Umwelthilfe e. V. ist. ots Originaltext: ADAC <http://www.presse.adac.de>

Schadstoffbelastung durch Fahrzeuge: Saubere Alternativen

München (ots) - Die Schadstoffbelastung der Städte durch Fahrzeuge kann nicht nur mit Hilfe von Erdgasantrieben gesenkt werden. Die Zeitschrift TRANSPORTING stellt die Möglichkeiten vor, auf einen umweltfreundlichen Antrieb umzusatteln. ... Ab 2005 dürfen die festgelegten Grenzwerte für die Luftqualität in Städten nur noch an 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Berlin lag 2002 bei 67. Grund genug, über alternative Antriebe auch bei Transport-Fahrzeugen nachzudenken. URL steht nicht mehr zur Verfügung

=====

CHEMIKALIEN - PARFUEM - DUFTSTOFFE

Anrühig

Alle Jahre wieder beschert das Weihnachtsgeschäft den Parfümherstellern satte Verkaufszahlen. Allerdings ist zu überlegen, ob man seinen Lieben mit einem Duftwasser wirklich einen Gefallen tut. Denn in allen von uns getesteten 25 Parfümen stecken bedenkliche Duftstoffe. ÖKO-TEST Dezember 2002 <http://www.oekotest.de/cgi/ot/otqs.cgi?doc=28938>

Gewebe mit aromatherapeutischer Wirkung / Bayer rüstet in Italien Textilien mit natürlichen Essenzen aus

Leverkusen - Bayer Chemicals, ein Unternehmensbereich der Bayer AG, hat eine Technologie entwickelt, durch die Textilien mit einer aromatherapeutischen Wirkung ausgerüstet werden können. Die Gewebe enthalten Millionen von Mikrokapseln mit natürlichen Essenzen, die das geistige und körperliche Wohlbefinden steigern sollen. Das Projekt Bayscent Aromatherapy wurde in Italien entwickelt. Es soll sich für alle Textilien eignen, die mechanisch beansprucht werden - also Kleidung, Teppiche und Polsterstoffe. Die Aromapalette reicht von fruchtigen und blumigen Düften bis hin zur Sandelholznote. Darüber hinaus wurde ein "Neutralizer" entwickelt. Der "intelligente" Geruchsstopper neutralisiert unangenehme Gerüche wie Schweiß oder Rauch. ... Das Funktionsprinzip ist laut Bayer <http://www.bayer.de> vergleichbar mit dem von Durchschreibepapier, das mit einem mikroverkapselten Farbpigment beschichtet ist. ...

Italienische Hersteller von Unterwäsche und Sportbekleidung sowie Raumausstatter haben mit Bayscent bereits Produkte entwickelt. Das Mailänder Unternehmen Alcantara <http://www.alcantara.it> entwickelte Polsterstoffe, die durch zarte Düfte eine behagliche und entspannende Atmosphäre schaffen sollen. Textilien von Piave Maitex und Jersey Lomellina enthalten z.B. Aloe Vera zur Hautpflege oder Acerola, eine Vitamin C-Komposition aus der Acerolakirsche. Es stärkt das Immunsystem und schützt durch seine antioxidative Wirkung den Organismus. (Ende)

Ausserdem:: presstext.deutschland <http://www.presstext.at/pte.mc?pte=021213021>

Kommentar Scherrmann: Crazy World. Noch mehr Probleme fuer Menschen mit einer Duftstoffunvertraeglichkeit.

=====

CHEMIKALIEN - RAUCHEN

Zahl der ganz jungen Raucherinnen steigt

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=12&d=18&id=90908>

Stahlentherapie: Rauchen gefährdet Behandlungserfolg

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=12&d=3&id=90084>

Bundesregierung will gegen Rauchen vorgehen MÜNCHEN. Die Bundesregierung will mit einem Bündel von Maßnahmen gegen das Rauchen vorgehen. Die rot-grüne Koalition wolle „ein Klima erzeugen, in dem das Nichtrauchen der Normalfall ist, ... <http://www.aerzteblatt.de>

EU spricht sich für Tabak-Werbeverbot aus / Nur Deutschland und Großbritannien stimmen dagegen / Neue EU-Richtlinie wird voraussichtlich 2003 beschlossen

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=021120053>

=====

EMF

12.12.2002: Bayerische FDP mit bemerkenswertem Mobilfunk-Vorstoss

<http://www.elektrosmognews.de/news/fdpbayern.htm>

1.12. Folgende Nachricht an alle Eure Verteiler, Unterverteiler und Kontakte weiterleiten: **Neue Studie: Handy-Telefonieren senkt Melatoninpiegel - Krebsrisiko steigt**

<http://www.elektrosmognews.de/news/burchmelatonin.htm> Quelle: Pubmed, Int J Radiat Biol. 2002 Nov;78(11):1029-36, PMID: 12456290

http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?cmd=Retrieve&db=PubMed&list_uids=12456290&dopt=Abstract

Eine neue Studie der Colorado State University, USA, hat herausgefunden, dass bei Handytelefonierern, die länger als 25 Minuten am Tag mit dem Handy telefonierten, der Melatoninpiegel deutlich reduziert war. Der Effekt trat bereits nach 3 Tagen auf. Die entsprechende Versuchsgruppe hatte an 3 aufeinanderfolgenden Werktagen jeweils länger als 25 Minuten mit dem Handy telefoniert. Zur Bestimmung des Melatoninpiegels wurden jeweils Urinproben genommen. Ein weiteres Ergebnis der Studie war, dass der Effekt sich noch verstärkte, wenn die Versuchspersonen zusätzlich 60-Hz-Magnetfeldern ausgesetzt waren.

Studien, bei denen Reduzierungen des Melatoninpiegels durch einen schädlichen Umwelteinfluß gefunden werden, gelten als sehr wichtig, da Melatonin wesentlich an der Bekämpfung von Krebszellen beteiligt ist. Zu geringe Melatoninpiegel begünstigen die Entwicklung bösartiger Tumore. Lai und Singh haben zum Beispiel 1996 und 1997 festgestellt, dass Schädigungen der Erbsubstanz, die nach der Bestrahlung mit Mikrowellenstrahlung auftraten, durch zusätzliches Melatonin vermieden werden konnten. Lai und Singh hatten dabei Gehirnzellen 2 Stunden (SAR 1,2, Frequenz: 2450 MHz, gepulst und ungepulst) mit Mikrowellen bestrahlt. 4 Stunden nach der Bestrahlung wurden sowohl bei der gepulsten als auch bei der ungepulsten Variante Schäden am Erbgut festgestellt (Einzel- und Doppelstrangbrüche der DNA). Die Reparatur der DNA wurde behindert, freie Radikale traten häufiger auf. Wurden die Zellen zusätzlich mit Melatonin versetzt, trat der Effekt nicht auf. (Quelle hierfür: Workshop der Forschungsgemeinschaft Funk, 24.-27.11.2002, Löwenstein).

Kommentar der Elektrosmognews: Da die Studie lediglich über 3 Tage durchgeführt wurde, kann sich auch niemand sicher fühlen, der weniger als 25 Minuten am Tag mit dem Handy telefoniert. Die immer offensichtlichere Dosis-Wirkungs-Beziehung wird vor allem durch den Faktor Zeit bestimmt. Welche Wirkungen auf den Melatonin-Spiegel bei kürzerer Nutzung entstehen (z.B. 5 Minuten am Tag, aber mehrere Jahre lang), kann nur in Langzeituntersuchungen geklärt werden. Nach Lai sind kurzzeitige hohe Strahlenbelastungen genauso schädlich wie niedrige Strahlenbelastungen über einen längeren Zeitraum. Die Studie beweist einmal mehr den dringenden Handlungsbedarf für Industrie und Politik.

Hanau: Viele kranke Kinder um Mobilfunkantennen

<http://www.elektrosmognews.de/news/krankekinderhanau.htm>

16.12.2002: Neustetten: **Gemeindeverwaltung will Schadensersatzklage wegen Mobilfunksender**

<http://www.elektrosmognews.de/news/neustetten.htm>

Henry Lai: Dauerhafte niedrige Belastung durch Mobilfunksender offensichtlich biologisch genauso wirksam wie kurzzeitige hohe Belastung durch Handytelefonat

<http://www.elektrosmognews.de/news/laikurzundlangzeitwirkungen.htm>

Beispielhaft: Großbritannien stellt Datenbank aller britischen Mobilfunksender ins Internet

<http://www.sitefinder.radio.gov.uk> (mit Angaben zur Frequenz, Höhe der Antenne, derzeitiger Sendeleistung und maximal zulässiger Sendeleistung) In den deutschen Standortbescheinigungen sucht man bisher vergebens nach Angaben zur Sendeleistung.

=====

KRANKHEITEN

ALZHEIMER

Amyloid-Plaques durch Chlamydien ausgelöst / Alzheimer-Forscher im Tierversuch erfolgreich PHILADELPHIA (mh). Es gibt immer mehr Hinweise darauf, daß es einen kausalen Zusammenhang zwischen einer Chlamydien-Infektion und der Alzheimer-Krankheit gibt. Entsprechende Beobachtungen wurden jetzt bei Mäusen gemacht. US-Wissenschaftler infizierten gesunde Mäuse intranasal mit Chlamydia pneumoniae und beobachteten, daß sich im Hippocampus der Mäuse Amyloid-Plaques bilden. Die vermehrte Ablagerung von Amyloid im Hippocampus wird von vielen Forschern als pathogenetisch bedeutsam für die Entstehung von Morbus Alzheimer gewertet. Die Frage ist aber, wie es zu dieser Amyloid-Überproduktion kommt.

<http://www.aerztezeitung.de/docs/2002/12/16/228a1102.asp?cat=/medizin/alzheimer>

CREUTZFELD-JACOB-KRANKHEIT

Creutzfeld-Jakob-Krankheit: Therapieversuche bislang erfolglos

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=12&d=9&id=90376>

BSE-Experte befürchtet mehr Creutzfeldt-Jakob-Kranke als angenommen LONDON. In Großbritannien könnten nach Ansicht von Nobelpreisträger Stanley Prusiner weit mehr Menschen mit dem Erreger der tödlichen Creutzfeldt-Jakob-Krankheit infiziert sein als bisher angenommen. ...

<http://www.aerzteblatt.de>

Aus BSE wird CJK: Britische Forscher finden Verbindung <http://www.netdokter.de/>

PSYCHISCHE KRANKHEITEN

Immer mehr Patienten in der Psychiatrie MÜNSTER (bds). Immer mehr Patienten kommen in die 14 psychiatrischen Kliniken des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Insgesamt wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres 35 300 Patienten behandelt, 1900 mehr als zu Jahresbeginn geplant. Die Verweildauer in den Einrichtungen geht kontinuierlich zurück. Wurden die Patienten 1992 noch rund 71 Tage stationär behandelt, verlassen sie jetzt im Durchschnitt nach 25 Tagen die Klinik. Durch die Nullrunde rechnet der Psychiatrieverbund des Landschaftsverbandes nach einem mageren Plus von 51 000 Euro in diesem Jahr für 2003 mit einer Finanzierungslücke von bis zu 4,8 Millionen Euro. 2001 erwirtschaftete der Landschaftsverband noch einen Gewinn von 562 000 Euro.

<http://www.aerztezeitung.de>

Drastischer Anstieg psychischer Erkrankungen in Deutschland BERLIN. Psychische Erkrankungen haben in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Es habe einen „drastischen Anstieg“ psychisch bedingter Krankschreibungen gegeben, ...
<http://www.aerzteblatt.de>

Depressionen: Zahlen klettern in Deutschland <http://www.netdokter.de>

Kommentar Scherrmann: Entschuldigung fuer meine permanenten Wiederholungen: Es gibt immer mehr Neurotoxine in unserer Umwelt, folglich gibt es auch immer mehr psychische Folgekrankheiten. Das Tragische dabei: Es koennten viele psychische Krankheiten gelindert werden, wenn NeurologInnen, PsychiaterInnen, PsychotherapeutInnen, AertztInnen, PsychologInnen mehr Kenntnisse ueber die Zusammenhaenge haetten und u. a. konsequente Schadstoff-Vermeidungsstrategien empfehlen wuerden.

Britische Neurologen: "Es gibt kein Golfkrieg-Syndrom" LONDON. Während eine (unveröffentlichte) US-Studie unter Golfkriegsveteranen eine erhöhte Häufigkeit von neurologischen Erkrankungen gefunden hat, kommt eine jetzt in Neurology (2002; 59: 1518-1525) ...
<http://www.aerzteblatt.de>

Kommentar Scherrmann: Ist wohl klar, dass vor einem moeglichen erneuten Krieg in der Golfregion alle anderen Erkenntnisse ignoriert werden.

TOD DURCH MEDIZINISCHE KUNSTFEHLER

Notgemeinschaft fordert ein Patientenschutzgesetz : Medizinkritiker wie der Bestseller-Autor Kurt Langbein ("Bittere Pillen" und "Das Medizinkartell") schätzen, dass in deutschen Krankenhäusern jedes Jahr zwischen 25.000 und 30.000 Menschen wegen ärztlicher Kunstfehler sterben. Das wären bis zu viermal soviel Medizintote als Verkehrstote.

<http://www.aerztezeitung.de>

=====

NAHRUNG

EU-Minister verbieten Hormone und Antibiotika im Tierfutter. Die EU verbietet weitere Hormone und Antibiotika als Wachstumsförderer in der europäischen Tierzucht. Wie die EU-Agrarminister am 16. Dezember in Brüssel beschlossen, werden das ... <http://www.aerzteblatt.de>

Greenpeace: Gefährliches Antibiotikum in Hähnchenfleisch entdeckt <http://www.netdokter.de/>

Obst und Gemüse: Besser als Vitamin-Pillen <http://www.netdokter.de>

Vitamine: Überdosis ist gesundheitsschädlich

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=12&d=4&id=90164>

EU-Staaten einigen sich auf Kennzeichnung von Gen-Lebensmitteln BRÜSSEL. Die EU-Agrarminister haben sich am 28. November auf einen Kompromiss zur Kennzeichnung von Gen-Lebensmitteln geeinigt. ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=10956>

Berlin, 17. Oktober 2002. "Verbraucherinnen und Verbraucher sollen Lebensmittel sorgenfrei genießen können", beschreibt **foodwatch**-Initiator Thilo Bode die Zielrichtung der frisch ins Leben gerufenen Organisation. foodwatch versteht sich als Anwalt für Verbraucherrechte, ist gemeinnützig und soll sich über Fördermitgliedschaften selbst tragen. Mit eigenen Recherchen zu wunden Punkten der Lebensmittelsicherheit und -qualität, aktuellen Informationen, gezielten Kampagnen und rechtlichen Schritten setzt foodwatch auf die Sympathie kritischer Verbraucherinnen und Verbraucher.

"Die Übermacht von Nahrungsmittelindustrie und Agrarlobby muss zurückgedrängt werden. Zu lange haben diese Gruppen ihre Interessen auf Kosten der Verbraucher und deren Gesundheit durchgesetzt", sagt Thilo Bode. mehr... www.foodwatch.de

Kontaminiertes Getreide www.kontraste.de/0211/manuskripte/txt_getreide.html:

=====

RECHT - GERICHTE

Der stimmlose Patient: Ärzte sind Herrscher über die Therapiewahl. Eine Forschungsgruppe will das ändern <http://www.netdokter.de/feature/psychiatrie.htm>

Hotline: Kostenlose Beratung über Patientenrechte

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=11&d=28&id=89846>

Hohe Schadenersatzleistungen für Arzneimittelnebenwirkungen in den USA BOSTON. Die Harvard Medical Practice Study hatte 1991 gezeigt, dass 3,7 Prozent aller Krankenhauspatienten eine Arzneimittelnebenwirkung erleiden, und... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=10916>

Neu in V/SB-INFO:

LSG NRW, Beschluss vom 13.11.2002 - L 10 B 15/02 SB -: Wenn ein nach § 109 SGG gehörter Sachverständiger lediglich in seiner Einschätzung des GdB vom nach § 106 SGG beauftragten Sachverständigen abweicht, kommt eine Kostenübernahme grundsätzlich nicht in Betracht. Etwas anderes gilt nur dann, wenn der nach § 109 SGG gehörte Sachverständige neue - rechtlich erhebliche - Tatsachen feststellt und deswegen einen höheren GdB vorschlägt.

BSG, Urteil vom 21.08.2002 - B 9 V 1/02 R -: 1. Auch ein ausdrücklicher auf § 48 SGB X (Änderung der Verhältnisse) gestützter Bescheid kann eine Entscheidung nach § 44 SGB X (Aufhebung von Vorbescheiden wegen ursprünglicher Rechtswidrigkeit) beinhalten.

2. Die "Anhaltspunkte" enthalten unter Nr. 129 Abs. 4 (Gliedermaßenschäden, also nicht Gliedermaßenverlusten) nur eine allgemeine Formulierung, die für die Anwendung im Einzelfall einer näheren Interpretation bedarf. Bei Anwendung der "Anhaltspunkte" ist es - insoweit? - sachdienlich, der Frage nachzugehen, ob die "Anhaltspunkte" den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Lehrmeinung zutreffend wiedergeben.

Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Gefahrstoffverordnung - GefStoffV)

Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter (Gefahrgut-Ausnahmeverordnung - GGAV 2002)

Volltexte und Fundstellen zu umweltrelevantem Bundesrecht finden Sie in UMWELTonline im Bereich URA i.d.R. vor Erscheinen der Printversion des Bundesgesetzblattes.

Fundstellen zu umweltrelevanter Rechtsprechung und Literatur aus den wichtigsten Fachzeitschriften finden Sie in UMWELTonline i.d.R. spätestens am 3. Werktag nach Erscheinen. <http://www.umweltdigital.de>

Von weed + urgewald :Internationale Firma in Lesotho wegen Korruption verurteilt Verfahren gegen deutsches Unternehmen läuft (Berlin/Bonn, 29.10.2002) In einem aufsehenerregenden Prozess verurteilte der oberste Gerichtshof von Lesotho gestern die kanadische Ingenieur- und Beratungsfirma Acres International zu einer Geldstrafe von 2,1 Mio US-\$. Das Gericht befand Acres der Zahlung von Bestechungsgeldern für schuldig, um sich lukrative Verträge beim Bau des Lesotho

Highlands Water Projects (LHWP) zu verschaffen. Die Staatsanwaltschaft hatte sogar eine Strafe von 4 Mio US-\$ gefordert, da Acres sonst mit der Bestechung immer noch einen Gewinn gemacht hätte.

Ebenfalls in den Korruptionsskandal verwickelt ist ein deutsches Unternehmen: Gegen die deutsche Ingenieur- und Beratungsfirma Lahmeyer International läuft seit August dieses Jahres ein Prozess. Die Firma ist angeklagt, dem LHWP-Geschäftsführer Masupha Sole zwischen 1989 und 1997 Bestechungsgelder in Höhe von etwa 400.000 DM gezahlt zu haben. Sole war im Juni in 13 Anklagepunkten der Annahme von Schmiergeldern für schuldig befunden und zu 18 Jahren Haft verurteilt worden.

"Das Gerichtsverfahren in Lesotho setzt Maßstäbe", urteilt Regine Richter von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald. "Hier macht ein Land ernst mit der Korruptionsbekämpfung und verhängt harte Sanktionen gegen Schmiergeldempfänger und -zahler. Nur so kann die Bestechungspraxis tatsächlich geändert werden." Neben Acres und Lahmeyer sollen in Lesotho ebenfalls Prozesse gegen die französische Firma Spie Batignolles und das britische Unternehmen Balfour Beatty geführt werden.

Acres und Lahmeyer verteidigen sich mit der Begründung, dass die Zahlungen an den Geschäftsführer Masupha Sole nicht direkt von ihnen, sondern von einem Mittelsmann getätigt wurden. Sie hätten nicht gewusst, dass der Mittelsmann an ihn gezahltes Geld benutze, um Sole zu bestechen. Das Gericht hegt jedoch keinen Zweifel daran, dass den internationalen Firmen klar war, dass der "lokale Repräsentant" ihrer Firma einen Großteil seines "Gehalts" an Sole weiterleitete, um so Vorteile und weitere Aufträge für die Firmen zu sichern.

Das Lesotho Highlands Water Project ist das weltweit größte Wassertransferprojekt. 1986 zwischen Lesotho und Südafrika vertraglich beschlossen, soll es im Hochland von Lesotho das Wasser des Orange Flusses in fünf Dämmen aufstauen, Energie erzeugen und durch ein enormes Tunnelsystem Wasser von Lesotho ins benachbarte Südafrika liefern. Bereits für den Bau des ersten und bisher einzigen fertigen Damms wurden über 20.000 Personen umgesiedelt, ohne adäquate Kompensationen zu erhalten. Die Gesamtkosten des Projektes werden auf 8 Mrd. US-\$ geschätzt. Die Kosten sind, unter anderem durch Korruption, nach der ersten Bauphase schon so hoch, dass das nach Südafrika gelieferte Wasser für viele Südafrikaner unerschwinglich wird.

Neben Lahmeyer sind auch deutsche Baufirmen an dem Projekt beteiligt, die hierfür Hermesbürgschaften erhalten haben. "Der Lesotho-Fall zeigt, wie unzureichend bei der Vergabe von Hermesbürgschaften die Korruptionsprüfung ist", bewertet Heike Drillisch von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED die Verwicklung deutscher Unternehmen in den Skandal. "Gerade der von Hermes stark geförderte Bau von Infrastrukturanlagen wie Großstaudämmen, Zellstoffwerken und Pipelines ist ein besonders korruptionsanfälliger Sektor. Daher müssten stichprobenartig verbürgte Projekte auf Korruption geprüft und wirksame Sanktionen gegen Unternehmen verhängt werden, denen Bestechung nachgewiesen wurde."

Weitere Informationen:., Regine Richter, Urgewald e.V. 030/44339169, Heike Drillisch, WEED, 02263/481047

Die Anklageschrift gegen Lahmeyer, das Urteil gegen Acres und ein factsheet zu Hermesbürgschaften und Korruption können in den Geschäftsstellen von Urgewald und WEED bezogen werden.

W E E D - World Economy, Ecology & Development, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Bertha-von-Suttner-Platz 13, D-53111 Bonn, Tel. +49-228-766130, Fax: +49-228-696470, Internet: <http://www.weedbonn.org>

STELLENAUSSCHREIBUNG

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

das Pestizid Aktions-Netzwerk sucht zum 1.3.2003 je eine/n Projektmitarbeiter/in für das Projekt Cotton Connection sowie für Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Bitte gebt / geben Sie die Stellenangebote an Interessierte weiter. Im Anhang befindet sich eine Beschreibung der angebotenen Stellen.

Herzlich Dank im Voraus! Mit freundlichem Gruß i.A. Claudia Ernst, Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.
Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0 Nernstweg 32, D-22765 Hamburg Fax: +49 (0)40-390 75 20 Please use our new mail address: <mailto:Claudia.Ernst@pan-germany.org>

=====

TERMINE

Podiumsdiskussion auf der Grünen Woche in Berlin 20. Januar 2003, 14 00 – 16 00 Uhr, Raum 13/14 ICC

Eckpunkte einer Strategie zur Minderung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln

In der aktuellen Koalitionsvereinbarung heißt es, dass eine Strategie zur Minderung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln erarbeitet werden soll. Mit der Podiumsdiskussion möchte PAN Germany einen Diskussionsprozess für eine geeignete Pestizidminderungsstrategie in Deutschland anstoßen. PAN möchte beleuchten, wie eine solche Strategie gestaltet werden könnte, und welche Rahmenbedingungen nötig sind, um sie konkret umzusetzen. Zielgruppe der Veranstaltung sind Expertinnen und Experten aus den Bereichen Politik, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Lebensmittelwirtschaft. Diskussionsleitung und Moderation: Andreas Ahrens, Ökopol - Institut für Ökologie und Politik.

Programm: www.pan-germany.org

Rückmeldung zur Teilnahme erwünscht (Teilnahme ist kostenlos): Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany), Alexandra Baier, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040-399.19.10- 24, Fax: 040-390.75.20, Email: alexandra.baier@pan-germany.org

5. Frankfurter Kolloquium am 15. März 2003 im OekoHaus Frankfurt am Main

=====

WEITERE KURZINFOS

Schadstoff-Fahndung in der Wohnung. Auf der Suche nach Schimmelpilzen, Ausdünstungen von giftigen Lacken oder Aldehyden besuchen nordrheinische Ärztinnen und Ärzte bei begründetem Verdacht auch die Wohnung der Patienten. . <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=11140>

Betriebe sollen mehr für die Prävention tun. BONN. Den Unternehmen in Deutschland steht ein dramatischer Anstieg des Krankenstandes ihrer Beschäftigten ins Haus. Der Grund: Das Durchschnittsalter der Beschäftigten wird immer höher. .. <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=10920>

"Kinderreport" kritisiert Deutschland als kinderfeindlich. Der erste „Kinderreport Deutschland“ zeichnet nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW) ein erschreckendes Bild von der Situation der Kinder in der Bundesrepublik. ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=1087>

Bundesbürger: Weniger Umweltschadstoffe im Blut
<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=12&d=11&id=90523>

Kommentar Scherrmann: Missverstaendliche Ueberschrift: Die Analyse bezieht sich nur auf einige wenige Schadstoffe.

Höhere Umsätze durch gesunde Mitarbeiter / Studie: Mangelnde Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz 82 Prozent der berufstätigen Österreicher sehen sich zunehmend gesundheitsbelastenden Faktoren am Arbeitsplatz ausgesetzt. Dies geht aus einer Untersuchung des Market Instituts hervor http://www.power4women.net/job_karriere/bus_51.htm

Saubere Luft macht Menschen schnell gesund Hongkong: Studie beweist sofortige Wirksamkeit (pte021122033, Umwelt/Energie, Auto/Verkehr) London/Hongkong (pte, 22. Nov 2002 15:04) - Eine Verringerung der Luftverschmutzung zeigt sehr schnell Wirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Dies beweist eine Studie, die von den Universitäten in London und Hongkong in der jüngsten Ausgabe des Wissenschaftsmagazins "The Lancet" <http://www.thelancet.com> vorgestellt wird. Darauf deuten die Sterberaten in der ehemaligen britischen Kronkolonie hin, in der 1990 mit der Einschränkung von Schwefelemissionen bei Autos begonnen wurde. ...
<http://www.presstext.de/pte.mc>

Alkoholsucht: Aufklärungsbroschüre für Patienten und Ärzte KÖLN. 10,6 Liter reinen Alkohol konsumiert der Durchschnittsbürger in Deutschland jedes Jahr. Rund 4,3 Millionen Menschen sind abhängig vom Alkohol oder konsumieren ihn in riskanten Mengen...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=10892>

Die Bürgeraktion Mehr Demokratie setzt sich für das Recht auf Volksabstimmung bei wichtigen Sachfragen ein. www.volksabstimmung.org

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

HEUTE IM BUNDESTAG

11.12.2002 Verbraucherschutz/Antwort

REGIERUNG: "GRENZWERT" KANN BEI ACRYLAMID NICHT GENANNT WERDEN

Jede, auch die niedrige Aufnahme von Acrylamid bringt ein potenzielles Krebsrisiko mit sich. Dies stellt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/168) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/101) unter Berufung auf die Fachwelt heraus. Ein Grenzwert im Sinne eines risikofreien Acrylamid-Verzehrs könne daher nicht abgeleitet werden.

Auch ein "vernachlässigbar geringes Risiko" könne bisher nicht abgeschätzt werden. Dies beruht nach Regierungsangaben im Wesentlichen darauf, dass die Beziehung zwischen der aufgenommenen Menge an Acrylamid und der krebserregenden Wirkung im Bereich niedriger Dosen bisher nicht bekannt ist.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung habe ein Forschungsvorhaben vergeben, das hier zur Klärung beitragen soll.

Die Regierung stellt fest, dass Acrylamid den Menschen in der gesamten Entwicklungsgeschichte offenbar als bislang unerkannt gebliebener Stoff begleitet hat, der während der häuslichen, aber auch industriellen Zubereitung bestimmter Lebensmittel entsteht. Es sei daher nicht gerechtfertigt, das Vorkommen von Acrylamid in diesen Lebensmitteln als Krise zu bezeichnen.

Die Bildung von Acrylamid in bestimmten Lebensmitteln durch Backen, Braten, Frittieren und ähnliches war nach Darstellung der Regierung bis zur Entdeckung durch schwedische

Wissenschaftler und deren Bekanntgabe über das Schnellwarnsystem der EU im April dieses Jahres nicht bekannt. Insofern stelle es eine "völlig neue Erkenntnis" dar.

Daten von Herstellern von Kartoffelchips und Knäckebrot zeigten, dass der Gehalt an Acrylamid in der Herstellung bestimmter Lebensmittel durch eine gezielte Prozesssteuerung verringert werden kann. Veränderungen von Produktionsprozessen stellten allerdings einen sensiblen Eingriff in die Produktqualität dar, der einen "angemessenen Kontrollzeitraum" erfordere.

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft informiert über Acrylamid unter der Internetadresse <http://www.verbraucherministerium.de/verbraucher/verbraucherinfos.htm>. Darüber hinaus habe das vom Verbraucherministerium geförderte "aid" ein Verbraucherforum eingerichtet (www.acrylamid-forum.de).

Berlin: 03.12.2002 Gesundheit/Gesetzentwurf

Die Anhebung der Beschäftigungspflichtquote schwerbehinderter Menschen auf sechs Prozent soll auf den 1. Januar 2004 verschoben werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (15/124) vor.

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter aus dem Jahr 2000 mit dem Ziel, die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen bis zum Oktober 2002 gegenüber 1999 um 25 Prozent zu verringern, sei die Beschäftigungspflichtquote auf fünf Prozent gesenkt worden. Eine dauerhafte Senkung habe man jedoch an die Bedingung geknüpft, dass das verfolgte Ziel erreicht werde.

Anderenfalls solle die Quote ab dem 1. Januar 2003 wieder sechs Prozent betragen. Bis Ende Oktober 2002 sei ein Abbau der Arbeitslosigkeit in diesem Bereich um rund 23,9 Prozent erreicht worden.

Um die erfolgreiche Initiative fortführen zu können und in der Zwischenzeit ein Konzept zur Weiterentwicklung der Zielvorgaben zu erarbeiten, solle nun der Zeitpunkt für die Anhebung der Pflichtquote verschoben werden. Darüber hinaus solle die Berechnung der Pflichtquote von monatlicher Ermittlung auf eine jahresdurchschnittliche Beschäftigungsquote umgestellt werden.

Der Gesetzentwurf sieht weiter vor, die zweijährige berufspraktische Erfahrungszeit als Voraussetzung für die Zulassung unter anderem als Physiotherapeut, Sprachtherapeut oder Ergotherapeut zu streichen. Dies sei erforderlich, um eine Übereinstimmung der deutschen Vorschriften mit dem Gemeinschaftsrecht herzustellen.

Die derzeitige Regelung stelle eine Beschränkung des Niederlassungsrechts nach dem EG-Vertrag dar.

Vorgesehen ist ferner die Einstellung des "Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen" vom Statistischen Bundesamt zum Ende dieses Jahres. Danach soll es künftig nur noch einen einzigen Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte geben.

Berlin: Mo, 04.11.2002, Umwelt/Verordnung: **Vorgaben fuer Abfallverbrennungsanlagen an EU-Richtlinie anpassen.**

Berlin: (hib/WOL) Mit einer Verordnung zur Änderung der bisherigen Vorgaben für Abfallverbrennungsanlagen will die Bundesregierung eine Anpassung an eine EU-Richtlinie vom 4. Dezember 2000 erreichen (15/14). Den Mitgliedstaaten bleibe eine Frist bis zum 28. Dezember 2002, um die Vorgaben für die Anlagen zur Verbrennung von Abfällen in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Die EU-weite Angleichung zur weiteren Verringerung von Emissionen führe im Wesentlichen zu Änderungen bei Anlagen, die Abfälle verbrennen oder mitverbrennen. Die Regierung legt dar, Ländern und Gemeinden entstünden keine Mehrkosten, da sich keine Änderungen der bestehenden Vollzugsaufgaben ergeben würden.

Kostenwirksam sei dagegen die Wirtschaft betroffen, soweit sie Mitverbrennungsanlagen betreibe. Die vorgelegte Konkretisierung zur weitergehenden Minderung von Luftverunreinigungen biete jedoch eine erhöhte Planungssicherheit, die langfristig Erlöse aus der Annahme von Abfällen zur Verbrennung sicherstelle. Auswirkungen auf Einzelpreise oder das Verbraucherpreisniveau seien nicht zu erwarten.

=====
Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

18. 12. 2002: **Vor Hautkrebs schützen**

Görlitz: Auch im Winter an Sonnenschutz denken - Künstliche Sonne im Solarium ist ein zusätzliches Risiko Die Zahl der Hautkrebserkrankungen nimmt beständig zu. Ursächlich ist die steigende UV-Belastung, bedingt durch die Änderung des Freizeitverhaltens mit häufigeren und längeren Aufenthalten in der prallen Sonne bei gleichzeitiger Ausdünnung der Ozonschicht. Nähere Infos zu UV-Belastung und Sonnenschutz unter www.sonne-mit-verstand.de, einer Präventionskampagne der bayerischen Staatsministerien für Gesundheit, Umwelt und Kultus.

=====
Umweltbundesamt Presse-Information

Berlin, den 12.12.2002

Gemeinsame Presse-Information mit der Umweltstiftung EURONATUR und der Arbeitsgemeinschaft bauerliche Landwirtschaft (AbL): Europäische Agrarsubventionen gehen zu Lasten der Umwelt/ Studie zur Umweltverträglichkeit des EU-Haushalts belegt Reformbedarf der Agrarausgaben

Die meisten Agrarsubventionen der Europäischen Union wirken sich negativ auf die Umwelt aus, denn: Der größte Teil der Zahlungen an die Landwirte ist nicht an Umweltauflagen gekoppelt. Selbst die Mittel aus den Agrarumweltprogrammen kommen der Umwelt nur zu einem geringen Maß zu Gute. Zudem ist die Verteilung dieser öffentlichen Mittel sozial nicht ausgewogen. Das sind die zentralen Aussagen einer Studie der Umweltstiftung EURONATUR, die das Umweltbundesamt (UBA) finanziert hat. Bei der Vorstellung der Studie in Berlin sagte Dr. Hans-Juergen Nantke, UBA-Fachbereichsleiter fuer Umweltplanung und -Strategien: „Eine umfassende Reform der europaeischen Agrarpolitik, besonders der Finanzstroeme, ist im Rahmen einer oekologischen Finanzreform unerlaesslich, um weiteren Schaden von der Umwelt abzuwenden“.

Nantke verwies darauf, dass die von der Bundesregierung begonnene oekologische Steuerreform erste positive Ergebnisse zeige. Diese muessten nun durch eine konsequente Ueberpruefung aller oeffentlichen Ausgaben auf ihre Umweltvertraeglichkeit flankiert werden. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bauerliche Landwirtschaft (AbL), betonte: „Es kommt darauf an, die Zahlungen an Arbeit und Umwelt, also an soziale und oekologische Kriterien zu binden, sonst werden die Wettbewerbsnachteile fuer tier- und umweltvertraeglich wirtschaftende Betriebe gegeneuber den rationalisierten Betrieben fortbestehen.“ Die AbL arbeitet mit EURONATUR im Projekt zusammen.

Die vom Direktor von EURONATUR, Lutz Ribbe, erarbeitete Studie zeigt, wie und wofuer die Gelder des EU-Agrarhaushaltes verteilt werden. Der Haushalt teilt sich in zwei so genannte „Saeulen“ auf. Die erste Saeule bindet fast 90 % des Agrarhaushalts fuer die Marktordnungen bei bestimmten Produktgruppen. Damit werden zum Teil die gegeneuber den Weltmarktpreisen hoeheren europaeischen Erzeugerpreise subventioniert; zum mittlerweile groeßeren Teil werden Landwirten direkt Praemien gezahlt (Direktzahlungen). Fuer die so genannte zweite Saeule, dem

Maßnahmenprogramm zur „Entwicklung des ländlichen Raums“, stehen nur etwa 10 % des Agrarhaushalts zur Verfügung.

Ribbe macht mit der Studie deutlich, dass der überwiegende Teil aller Agrarausgaben negative Umweltwirkungen hat. Beispiele sind die Belastung der Böden und Gewässer mit Stickstoffverbindungen und Pflanzenschutzmitteln, der Rückgang der biologischen Vielfalt, der Beitrag zum Treibhauseffekt sowie Bodenerosion und Gefügeschäden. Über 60 % des insgesamt 44 Milliarden Euro umfassenden Agrarhaushalts fließen derzeit in den Bereich Ackerkulturen. Und diese Subventionen sind nicht an Umweltauflagen gekoppelt.

„Damit werden ökologisch die falschen Signale gesetzt“, so Ribbe. Denn das für die biologische Vielfalt wichtige Grünland und der Ackerfutterbau sind von den Zahlungen ausgeschlossen. Mais hingegen wird so intensiv subventioniert wie keine andere Kultur - und dabei ist er ökologisch höchst problematisch, weil unter anderem im Maisanbau besonders viele Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Die Folge: ein massiver Anstieg des Maisanbaus in Deutschland und ein Rückgang bei Wiesen und Weiden von mehr als ein Viertel in den letzten 20 Jahren. Dies habe nicht nur negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, sondern auch auf die Fähigkeit der Böden, Wasser aufzunehmen. Dies wirke sich negativ auf den Hochwasserschutz aus, so Ribbe.

Am meisten profitieren in Deutschland von den Subventionen die großen Getreidebaubetriebe. Nur 0,6 % der Bauern (knapp über 2.000 Betriebe) erhalten nahezu 25 % der Zahlungen. Auf der anderen Seite stehen 80 % der Bauern (fast 300.000 Betriebe) in Deutschland, die pro Jahr weniger als 10.000 Euro bekommen - zusammen nicht mehr Geld als die wenigen Großbetriebe.

Die rund 10 % der heutigen EU-Agrarausgaben für die zweite Säule, welche die Agrarumweltprogramme einschließt, gelten gemeinhin als „umweltfreundlich“. Doch auch hier kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass mit EU-Geldern sogar neue Umweltprobleme verursacht werden. So wird auf die Vernichtung wertvoller Lebensräume, etwa durch Aufforstungsmaßnahmen, verwiesen. Auch werden die Agrarumweltprogramme als zu wenig zielgerichtet bewertet. Fest steht, dass mit dem geringen Budget der zweiten Säule und den teilweise unkonkreten Programmen die ökologischen Probleme, die durch die Subventionen aus der ersten Säule erst verursacht werden, nicht kompensiert werden können. Die erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik setzt - ökologisch gesehen - eindeutig falsche Anreize. Sie fördert nicht Vielfalt und ökologisch verträgliche Anbauformen, sondern sie setzt Überholtes fort, so Ribbe.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf lobte vor dem Hintergrund der Studie die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission. Sie habe sich in ihrem „Midterm-Review“, dem Halbzeitbericht zur Agenda 2000, für notwendige Reformen der EU-Agrarpolitik ausgesprochen. Jetzt komme es darauf an, auch die Regierungen der EU-Staaten für Reformen zu gewinnen. „Eine schlichte Deckelung der Agrarausgaben, so wie es der letzte EU-Gipfel Ende Oktober beschlossen hat, ist noch keine Reform“, so Graefe zu Baringdorf. Eine Obergrenze des Haushalts führe zwar dazu, dass bei wachsenden Aufgaben, zum Beispiel durch die EU-Erweiterung, bei bestehenden Posten gekürzt werde. „Aber diese im Zeitablauf steigende Kürzung wird an der unsozialen und unökologischen Wirkung der Agrarpolitik nichts ändern, falls sich nicht die Verteilung der Zahlungen ändert“, warnt der AbL-Vorsitzende. Die Rahmenbedingungen für die Landwirte müssen so gestaltet werden, dass umweltverträgliche Produktionen lohnend und umweltunverträgliche Produktionen unwirtschaftlich werden. Graefe zu Baringdorf forderte die Regierungschefs auf, die in Kopenhagen zum Erweiterungs-Gipfel zusammengekommen sind, die entsprechenden Vorschläge der Kommission zu unterstützen und weiter zu entwickeln.

! Die Studie mit umfangreichem Tabellenteil kann bei EURONATUR, Grabenstr. 23 in 53359 Rheinbach gegen einen Kostenbeitrag von 4 Euro (für Porto und Versand) angefordert werden. Sie ist zudem kostenlos im Internet unter der Adresse <http://www.euronatur.org> abrufbar.

Ansprechpartner: EURONATUR, Lutz Ribbe, Matthias Meißner, Grabenstr. 23, D - 53359 Rheinbach/Bonn, Tel: 02226 / 20 45, Fax:02226 / 17100 Lutz.Ribbe@euronatur.org

Umweltbundesamt, Almut Jering, Postfach 33 00 22, D - 14191 Berlin, Tel: 030 / 89 03-2114, Fax: 030 / 89 03-2798 Almut.Jering@uba.de

13. 12. 2002: Das zunehmende Problem Schimmelpilze erkennen und bekaempfen Leitfaden des Umweltbundesamtes zur Hygiene von Innenraeumen gibt umfassende Auskunft

In Innenraeumen machen sich Schimmelpilze immer mehr breit. Sie entstehen bei Feuchteschaeden und werden durch schlechtes Lueften in ihrem Wachstum beguenstigt. Ihre Sporen sind gesundheitsgefaehrend und koennen allergische und reizende Reaktionen - wie Asthma, Haut- und Schleimhautreizungen oder grippeartige Symptome - ausloesen. Wie man Schimmelpilze in Innenraeumen erkennen und bekaempfen kann, zeigt der „Schimmelpilz-Leitfaden“ des Umweltbundesamtes. Die Innenraumlufthygiene-Kommission (IRK) des Umweltbundesamtes (UBA) hat ihn erarbeitet. Er bietet umfassende Informationen zur Vorbeugung, Untersuchung und Bewertung von Schimmelpilzen in Gebaeuden und Wohnungen und gibt Tipps, was bei deren Sanierung zu beachten ist. Der Leitfaden wendet sich an Behoerden, beispielsweise an Umwelt-, Gesundheits- und Bauaufsichtsaeamter, an verschiedene Berufsgruppen, zum Beispiel Mikrobiologen, Hygieniker, Baufachleute sowie an Eigentuemer und Betreiber von Gebaeuden.

Im UBA sowie oertlichen Gesundheitsaeamtern haeufen sich Anfragen zu Schimmelpilzbelastungen in Gebaeuden. Zunehmend tritt Schimmelpilzbefall in Gebaeuden auf, die bei der Neuerrichtung und Sanierung aufwaendig abgedichtet wurden. Hierbei kann die von den Bewohnerinnen und Bewohnern verursachte Feuchtigkeit, die etwa beim Kochen, Duschen oder Waesche waschen entsteht, nicht entweichen. Schimmelpilze wachsen vor allem an kalten Flaechen, an denen sich Kondenswasser gebildet hat, und an schlecht durchluefteten Stellen in der Wohnung. Durch richtiges Heizen und regelmaeßiges Lueften wird in „luftdichten“ Wohnungen Schimmelwachstum vermieden.

Der Leitfaden behandelt die Problematik von Schimmelpilzbefall in Raeumen und Gebaeuden, die durch Fenster und Tueren belueftet werden und gibt ergaenzende Hinweise fuer klimatisierte Raeume. Auf Eigenschaften, Quellen und Vorkommen der verschiedenen Schimmelpilzarten wird ebenso eingegangen wie auf vorbeugende Maßnahmen. Zum Abschluss gibt es Tipps, was bei der Sanierung von betroffenen Raeumen zu beachten ist.

Zwei Jahre nach der Veroeffentlichung des Leitfadens „Innenraumlufthygiene in Schulgebaeuden“ liefert das UBA mit seiner neuen Publikation einen weiteren Baustein zum Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“.

! Der „Schimmelpilz-Leitfaden“ ist kostenlos beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Fax: 030/89 03-29 12, erhaeltlich. Er ist auch im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> als PDF-Datei verfuegbar.

11.12.2002: Eigenschaften gentechnisch veraenderter Baeume sind oft instabil / Umweltbundesamt veroeffentlicht Studie zur Genstabilitaet

Die Eigenschaften und Merkmale gentechnisch veraenderter Baeume sind nicht immer von Dauer. Fuer Baeume ist dies besonders kritisch, weil sie wegen ihrer langen Lebenszeit schwierig zu testen und zu kontrollieren sind. Eine Markteinfuehrung transgener Baeume in Europa ist aus Sicht des Umweltbundesamtes (UBA) wegen der ungeloesen Sicherheitsfragen zum gegenwaertigen Zeitpunkt nicht zu verantworten. Im Auftrag des UBA gingen die Autoren Thomas Pickard und André de Kathen von BioTechConsult, Berlin, den Ursachen fuer die Instabilitaet auf den Grund. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass gentechnisch veraenderte Lebewesen ueber die natuerliche Schwankungsbreite hinaus zusaetzlichen Einfluessen unterliegen, die zu Veraenderungen der Merkmalsauspraegung eines Individuums fuehren. Davon sind auch genetische Veraenderungen betroffen, die zur Sterilitaet fuehren und somit Sicherheit vor ungewolltem Auskreuzen und Ausbreiten bieten sollen.

Im Rahmen der Sicherheitsforschung zur Gentechnik foerdert das UBA ein Verbundprojekt mit dem Ministerium fuer Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, das unter anderem den Einfluss von Umweltfaktoren auf die Genstabilitaet verschiedener transgener Gehoelzarten untersucht. Das Projekt soll dazu beitragen, die Grundlagen fuer die Risikobewertung bei der Freisetzung und dem Inverkehrbringen gentechnisch veraenderter Gehoelze zu verbessern, denn: Im Gegensatz zu den raschen Fortschritten bei der Entwicklung transgener Baeume ist das Wissen ueber deren langfristige Wirkungen auf die Umwelt nach wie vor sehr lueckenhaft.

Verschiedene Forst-, Obst- und Ziergehoelze werden bereits gentechnisch veraendert. Die Bandbreite reicht vom herbizidresistenten Weihnachtsbaum ueber verschiedene Krankheits- und Schaedlingsresistenzen bis zur Schwermetall aufnehmenden Pappel. Auch in Deutschland finden Freisetzungsversuche mit transgenen Baeumen statt - unter strengen Sicherheitsauflagen.

Die Verbreitung gentechnisch veraenderter Baeume muss verhindert werden, um ein Risiko fuer unsere heimischen Waelder zu vermeiden. Deshalb setzt die Forschung hier auf so genannte biologische Sicherheitssysteme. Diese Systeme wirken in der Pflanze und machen sie steril, also vermehrungsunfaehig. Ob und wie dies fuer langlebige Organismen - wie Baeume - sichergestellt werden kann, ist noch mit vielen Fragen behaftet. Da es gegenwaertig noch kein ausreichend stabiles biologisches Sicherheitssystem fuer Baeume gibt, muessen, um das Risiko einer Ausbreitung in der Umwelt so gering wie moeglich zu halten, mindestens zwei verschiedene Systeme, zum Beispiel zwei unterschiedlich wirkende Sterilitaetsmechanismen, in einer Pflanze kombiniert werden.

! Die Studie „Stabilitaet transgen vermittelter Merkmale in gentechnisch veraenderten Pflanzen mit dem Schwerpunkt transgene Gehoelzarten und Sterilitaetsgene" ist in der Reihe UBA-Texte als Nr. 53/02 erschienen, umfasst 126 Seiten und kostet 7,50 Euro. Sie ist erhaeltlich bei Werbung und Vertrieb, AhornstraÙe 1 - 2, 10787 Berlin, Telefon 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79. Eine Bestellung ist auch im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de> , Stichwort „Publikationen", moeglich.

Weitere Informationen zum Verbundprojekt „Gehoelze" sind unter der Adresse <http://www.umwelt.schleswig-holstein.de/?21838> verfuegbar.

3. 12. 2002: Nahrungsmittelproduktion bis 2030: Szenarien und Prognosen aus Umweltschutzsicht / UBA-Studie untersucht Moeglichkeiten und Langfriststrategien fuer eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion

Um eine nachhaltige, also dauerhaft umweltgerechte Nahrungsmittelproduktion zu erreichen, muessen sich agrarpolitischen Rahmenbedingungen grundlegend aendern. So sollten internationale Vereinbarungen zum Agrarhandel Sozial- und Umweltstandards bei der Produktion verbindlich festlegen. Notwendig ist auch eine hoehere Akzeptanz von Umweltpolitik in der Landwirtschaft sowie eine Verstaerkung von Anreizmechanismen - zum Beispiel Praemien fuer besonders umweltgerechte Bewirtschaftungsformen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erstellte Studie des Instituts fuer Laendliche Strukturforschung (IfLS) der Universitaet Frankfurt/Main. Aufbauend auf einer umfangreichen Analyse der gegenwaertigen Wertschoepfungskette im Ernaehrungsbereich - von der landwirtschaftlichen Herstellung ueber die Weiterverarbeitung bis hin zu Transport und Konsum - entwirft die Studie drei Szenarien moeglicher Entwicklungen bis zum Jahr 2030 und leitet aus den jeweils zu erwartenden Umweltbelastungen konkrete Handlungsstrategien fuer die Umweltpolitik ab.

Unter der Annahme einer noch staerkeren regionalen Differenzierung der Landwirtschaft in Deutschland, einer weiteren Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgroessen und einer Effizienzsteigerung, um erfolgreich am globalisierten Markt fuer landwirtschaftliche Massengueter teilzunehmen, entwirft die Studie drei Szenarien. Fuer zukuenftige Entwicklungstendenzen greift sie Einzelentwicklungen wie den Oekologischen Landbau, Umweltmanagement oder die Gruene Gentechnik auf. Die Studie gelangt zu der Einschaeztung, dass eine Fortschreibung der gegenwaertigen Trends („Status-quo-Szenario") in den meisten Umweltwirkungsbereichen zur Verschlechterung der Umweltsituation fuehren wuerde.

Die Analyse der Möglichkeiten fuer eine Verbesserung der technischen Effizienz („Effizienz-Szenario“) macht deutlich, dass in einer Reihe von Wirkungsbereichen weitere Verbesserungen der Umweltsituation erzielt werden koennen. Hierzu gehoeren unter anderem der Praezisionsackerbau, eine Verbesserung der Ausbringungstechnik mittels elektronischer Datenverarbeitung und eine Weiterentwicklung des integrierten Landbaus. Technischer Fortschritt unter Beruecksichtigung der Umweltbelange und seine konsequente Verbreitung sind damit wesentliche Komponenten fuer eine nachhaltige, also dauerhaft umweltgerechte Landwirtschaft. Allerdings ist in den (nicht landwirtschaftlichen) Bereichen „Zersiedlung und Flaechenverlust“ sowie „transportbedingte Belastungen“ auch im Effizienz-Szenario mit keiner wesentlichen Verbesserung der Situation zu rechnen.

Ausgangspunkt im dritten Szenario („Nachhaltigkeits-Szenario“) ist der grundsaeztliche Konsens aller beteiligten Interessengruppen, dass eine Neuorientierung der Agrarwirtschaft hin zu Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit notwendig ist. Agrarpolitik setzt hier nicht auf unbegrenztes Mengenwachstum und Exportorientierung, sondern auf eine Besserstellung umweltgerecht wirtschaftender Betriebe (vor allem im Oekolandbau), den Abbau umweltschaedlicher Subventionen (zum Beispiel der Silomaispraemie) sowie auf eine leistungsorientierte Agrarfoerderung. Deutlich unterstreicht die Studie aber auch, dass die von einem solchen Szenario zu erwartenden positiven Umweltwirkungen nur unter der Voraussetzung eines entsprechenden Nachfrageverhaltens eintreten koennen, das Kriterien wie Lebensmittelqualitaet, artgerechte Tierhaltung oder den Konsum von regional erzeugten Produkten in den Mittelpunkt rueckt.

Die Studie benennt eine Vielzahl konkreter umweltpolitischer Ansatzpunkte fuer eine Neuorientierung im Sinne einer nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion. So zum Beispiel die Neugestaltung der einzelbetrieblichen Agrarfoerderung, klare Produktkennzeichnung und Verbraucherinformation, flaechenabhaengige Tierhaltung, Foerderung einer integrierten laendlichen Entwicklung, Schaffung eines Netzes oekologischer Leitbetriebe und Modellregionen sowie die Zertifizierung Nahrungsmittel verarbeitender Betriebe nach der EG-Oeko-Audit-Verordnung.

! Die Studie „Nachhaltige Nahrungsmittelproduktion: Szenarien und Prognosen fuer die Landwirtschaft bis 2030 - Handlungsbedarf und Langfriststrategien fuer die Umweltpolitik“ ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 18/02 erschienen, umfasst 292 Seiten und kostet 10 Euro. Sie ist erhaeltlich bei Werbung und Vertrieb, Ahornstraße 1 - 2, 10787 Berlin, Telefon 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79. Eine Bestellung ist auch ueber das Internet moeglich unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>, Stichwort „Publikationen“.

3. 12. 2002: Gesundheitsbelastung in den Großraeumen Bitterfeld und Hettstedt gesunken / Studie belegt weniger Bronchitis bei Kindern

In den Regionen Bitterfeld und Hettstedt ist ein deutlicher Rueckgang von Atemwegserkrankungen - insbesondere von Bronchitis bei Kindern - zu verzeichnen. Das belegt eine Studie, die im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erstellt wurde. Parallel dazu sank die Schwefeldioxid- und Staubbelastung der Luft. Die bessere Luftqualitaet in den ehemals hoch belasteten Regionen bescheinigt den Erfolg umweltpolitischer Maßnahmen. Allerdings nahm das bronchiale Asthma im Beobachtungszeitraum zu. Die Ursache dafuer ist jedoch noch unklar. Die Studie umfasst den Zeitraum von 1992 bis 2000 mit drei Erhebungen an Vorschul- und Schulkindern. In diesen Zeitraum fallen vielfaeltige von der Bundesregierung und von der Regierung des Landes Sachsen-Anhalt gefoerderte Sanierungsprogramme, darunter auch solche, die die Schwermetallbelastung reduzierten.

Die umfangreichen Untersuchungen an Kindern belegen, dass die Programme zur oekologischen Sanierung der neuen Laender zunehmend zum Erfolg fuehren. Im Vergleich zu 1992/93 wurde allerdings bei der Erhebung 1995/96 dennoch bei mehr Kindern eine erhoehrte Empfindlichkeit der Atemwege (bronchiale Hyperreaktivitaet) nachgewiesen. Die Angaben ueber Heuschnupfen und die meisten allergischen Symptome veraenderten sich waehrend der drei Erhebungen nicht. Erfreulich ist der deutliche Rueckgang der internen Schwermetallbelastung bei Vorschulkindern aus Hettstedt und Zerbst. Gemessen an den „HBM-Werten“ der Human-Biomonitoring-Kommission des UBA (www.umweltbundesamt.de Stichwort „HBM-Werte“) ist die interne Schwermetallbelastung jetzt als gering einzuschaetzen.

! Band 1 des Abschlussberichtes „Umweltmedizinische Untersuchungen im Raum Bitterfeld, im Raum Hettstedt und einem Vergleichsgebiet 1992 - 2000" ist in der Reihe „WaBoLu-Hefte" als Nr. 4/02 erschienen und kostet 10 Euro. Die Studie ist erhaeltlich bei Werbung und Vertrieb, Ahornstraße 1 - 2, 10787 Berlin, Telefon 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79.

Band 2: „Publikationen" sowie Band 3: „Untersuchungsdokumente und Frageboegen" koennen aus der Bibliothek des Umweltbundesamtes, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin (Fax: 030/89 03-21 54) unter Angabe des Titels und der Signatur „UBA-FB 000288" entliehen werden.

Kommentar Scherrmann: Erfreulich der Rueckgang der Schwermetalle und der Bronchitis bei Kindern. Nicht erfreulich die erhoehrte Empfindlichkeit der Atemwege. Ich vermute, dass eine Korrelation mit der erhoekten Indoorbelastung (u. a. durch Putz- Waschmittel, Kosmetika) nicht angedacht wurde.

29.11.2002 Laerm stoert und belaestigt erheblich / Umweltbundesamt stellt erste Ergebnisse der Online-Umfrage zur Laermbelaestigung im Internet vor

Mehr als 10.000 Buergerinnen und Buerger beteiligten sich bislang an der „Laermbelaestigungs-Umfrage" des Umweltbundesamtes (UBA). Im Fruehjahr 2002 startete das UBA die erste kontinuierliche Online-Umfrage zur Belaestigung der Bevoelkerung durch Laerm auf seiner Homepage (<http://www.umweltbundesamt.de>). Das eindeutige Ergebnis: Laerm bleibt in Deutschland ein Problem. Insbesondere der Straßenverkehr zerrt an den Nerven. Das von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der UBA-Aktion geaeußerte Ausmaß ihrer persoenlichen Belaestigungen durch Straßenverkehrslaerm ist Besorgnis erregend hoch. Aber auch Fluglaerm und Nachbarschaftslaerm werden zunehmend als stoerend empfunden.

Laermbelaestigungen durch den Straßenverkehr sind nicht neu, allerdings gibt es regionale Unterschiede. Am meisten fuehlen sich die Einwohnerinnen und Einwohner aus dem Saarland belaestigt; weniger dramatisch stellt sich die Situation fuer Hessen dar. Besonders Maenner im Alter von 30 bis 40 Jahren leiden unter Straßenverkehrslaerm. Die unter 20-Jaehrigen scheinen jedoch schon fast „resistent" gegen Laerm zu sein: Die meisten geben an, vergleichsweise gering durch Laerm geplagt zu sein.

Deutliche Unterschiede gibt es auch beim Fluglaerm: Hier meldet Hessen die hoechste Laermbelaestigung; waehrend hingegen in Sachsen der Fluglaerm weniger Probleme zu bereiten scheint.

Auch Nachbarschaftslaerm ist fuer die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Online-Umfrage ein ernst zu nehmendes Problem. Nur knapp 40 Prozent geben an, keinen Laermbelaestigung durch ihre Nachbarn ausgesetzt zu sein. Alle anderen leiden mehr oder weniger unter den Geraeuschen aus der Nachbarschaft.

Ursache hierfuer ist haeufig ein unzureichender Schallschutz in den Wohnhaeusern: Von denen, die direkte Nachbarn haben - das sind rund 80 Prozent, koennen nur etwa zehn Prozent ihren Nachbarn nicht wahrnehmen; die anderen hoeren zwangsweise mit.

Der aktuelle Stand der Auswertung der Laermumfrage ist auf der UBA-Homepage online abrufbar unter: <http://www.umweltbundesamt.de/laermumfrage> .

Hinweis: Die Aktion wird weitergefuehrt, um moeglichst vielen Buergerinnen und Buergern die Moeglichkeit zu geben, ihre persoenlich erlebte Belaestigung durch Laerm zu artikulieren. Mit nur wenigen Mausclicks hat jeder, der ueber einen Internetzugang verfuegt, die Moeglichkeit, seine persoenliche Belaestigung durch Laerm einzuschuetzen und mitzuteilen. Dabei kann die jeweils konkret erlebte Laermsituation - ausgeloeset durch die wichtigsten Laermverursacher, wie Straßen-, Luft- und Schienenverkehr, Industrie und Gewerbe, Sportanlagen, Baustellen und die Nachbarn - angegeben werden. Jeden Monat gibt es zusaetzlich eine aktuelle Monatsfrage, die spezielle Laermverursacher ins Visier nimmt.

18.11.2002: Neu im Internet: Anlagenbezogene Emissionen

Unter <http://www.prtr.de> veröffentlichen Umweltbundesamt und Landesanstalt fuer Umweltschutz Baden Wuerttemberg Informationen zur Entwicklung eines Schadstoffemissions- und Ausbreitungsregister

Das Internetportal <http://www.prtr.de> wird im Rahmen eines Forschungsprojektes von der Landesanstalt fuer Umweltschutz Baden Wuerttemberg (LfU) und dem Umweltbundesamt (UBA) gemeinsam betrieben. Die Abkuerzung PRTR steht fuer Pollutant Release and Transfer Register, das Schadstoffemissions- und Ausbreitungsregister. Dabei handelt es sich um Emissionen in Luft, in Wasser, in den Boden sowie um den Transfer von Abfall. Ziel dieser neuen Internetpraesentation ist es, das PRTR fuer alle Interessierten transparenter zu gestalten und umfangreiche Informationen zu Verhandlung und Entwicklung zur Verfuegung zu stellen. Das Informationsangebot wird weiter ausgebaut und regelmaeßig aktualisiert.

Deutschland ist Vertragsstaat des am 30.10.2001 in Kraft getretenen UN/ECE-Uebereinkommens (United Nations Economic Organisation for Europe). Dieses regelt den Zugang zu Informationen, die Oeffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention <<http://www.unece.org/env/pp/documents/cep43e.pdf>>). Die Aarhus Konvention sieht in Art. 5 Abs. 9 den schrittweisen Aufbau eines landesweiten Systems zur medienuebergreifenden Erfassung der Umweltverschmutzung in Form einer oeffentlich zuganglichen Datenbank (PRTR) vor. Diesen Anforderungen wird das neue Internetportal gerecht. In den Rubriken Startseite, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Dokumente, Forum, Links und Kontakte werden Informationen zu verschiedenen Bereichen rund um das Thema PRTR bereitgestellt. Gegenwaertig wird in einem zwischenstaatlichen Abstimmungsprozess die inhaltliche Ausgestaltung des kuenftigen PRTR verhandelt.

In der Rubrik "Dokumente" sind offizielle Dokumente und Stellungnahmen ueber den derzeitigen Stand der Verhandlungen veroeffentlicht. Das Forum steht als Diskussionsplattform fuer Fragen zur Verfuegung, die sich aus den laufenden Verhandlungen im Rahmen der UN-ECE, der EU-weiten oder nationalen Abstimmung ergeben. Hier bieten sich auch Diskussionsgrundlagen fuer Probleme zur Einfuehrung eines PRTR in Deutschland.

Fuer weitere Informationen, Fragen und Anregungen kann die e-Mail-Adresse info@prtr.de oder direkt das Forum genutzt werden.-

15.11.2002 Umweltschutz als uebergreifende Aufgabe / Jahresbericht 2001 des Umweltbundesamtes erschienen

Der Jahresbericht 2001 des Umweltbundesamtes (UBA) ist erschienen. Auf rund 200 Seiten bietet er einen Querschnitt durch umweltpolitische Handlungsfelder. Themenschwerpunkte sind der Weg zur Nachhaltigkeit (Seite 14), Warenstroeme und Gruene Gentechnik (Seite 28), Klimaschutz (Seite 37), Gesundheit (Seite 45) und Bodenschutz (Seite 54). Weitere Kapitel widmen sich dem Gewaesserschutz (Seite 61), dem produktbezogenen Umweltschutz (Seite 67), der Stoerfallvorsorge (Seite 80) und der Chemikaliensicherheit (Seite 85). Neben den Schwerpunktkapiteln informiert der Jahresbericht in einem zweiten Teil ausfuehrlich ueber die Forschungsaktivitaeten des Amtes und praesentiert wichtige Arbeitsergebnisse.

Handlungsbedarf sieht das UBA unter anderen im Bodenschutz. Zwar genießt der Boden seit Inkrafttreten des Bundes-Bodenschutzgesetzes 1999 den gleichen Rechtsstatus wie Wasser oder Luft - nahezu ungebremst ist indes der Flaechenverbrauch (Seite 58). Dieses und andere Beispiele zeigen: Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe, bei der auch fiskalische Instrumente - wie die Eigenheimzulage oder die Kilometerpauschale - auf den Pruefstand gehoeren (Seite 58, 102). Zudem sollte die Schadstoffanreicherung auf landbaulich genutzte Boeden vermieden werden - speziell durch

deutlich weniger Schadstoffeinträge aus Düngemitteln wie Klärschlamm oder Gülle. Hierzu hat das UBA Handlungsoptionen entwickelt (Seite 55).

Einen Akzent legt das UBA auf die Gesundheit der Kinder. Sie reagieren auf viele Belastungen aus der Umwelt besonders sensibel und können sich Belastungssituationen schwieriger entziehen als Erwachsene (Seite 45). Daneben arbeitet das UBA daran, allgemein die Belastungen im Wohnumfeld zu reduzieren, denn: In Mitteleuropa halten sich Menschen zum überwiegenden Teil des Tages in Innenräumen auf und sind dabei chemischen und biologischen Luftverunreinigungen ausgesetzt (Seite 48).

! Der Jahresbericht 2001 ist als Druckfassung oder als CD-ROM kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin, Fax: 030/89 03-2912, e-Mail: petra.berner@uba.de. Eine Bestellung ist auch über Internet möglich unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>.

=====

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) (vormals BgVV)

09.12.2002: Auch Babynahrung kann Acrylamid enthalten / BfR fordert auf, diese Produkte besonders sorgfältig herzustellen

Auch Babynahrung kann mit Acrylamid belastet sein. Untersuchungen eines Berliner Labors bestätigen entsprechende Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung. Die dem Bundesinstitut für Risikobewertung vorgelegten Daten zeigen, dass die meisten der untersuchten Komplettmahlzeiten und selbst zubereiteten Kindernahrungen sehr wenig Acrylamid enthalten. Es gab aber auch Ausnahmen: So enthielt eines der untersuchten Kindervollkornkeks-Produkte knapp 400 Mikrogramm Acrylamid je Kilogramm ($\mu\text{g}/\text{kg}$) Kekes. In einem der untersuchten Kekesprodukte zur Breizubereitung wurden bis zu 160 $\mu\text{g}/\text{kg}$ der Substanz nachgewiesen. Damit nimmt ein Kleinkind im ungünstigsten Fall ebenso viel Acrylamid je Kilogramm Körpergewicht auf, wie ein hoch belasteter Erwachsener.

Die große Zahl der Produkte zeigt, dass es möglich ist, Baby- und Kleinkindnahrung mit geringen Acrylamidgehalten herzustellen. Das BfR fordert auf, die Acrylamidgehalte durch gute Herstellungspraxis so schnell und so weit wie möglich zu senken. Soweit Produkte und deren Acrylamidgehalte bekannt sind, empfiehlt das Bundesinstitut Eltern, auf gering belastete Produkte auszuweichen.

Acrylamid ist eine Substanz, die unter anderem zur Herstellung von Kunststoffen verwendet wird. Unter bestimmten Bedingungen kann Acrylamid aber auch bei der Herstellung und Zubereitung von kartoffel- und getreidehaltigen Lebensmitteln aus den natürlichen Inhaltsstoffen entstehen. Acrylamid hat sich im Tierversuch als krebserzeugend und erbgutschädigend erwiesen. Wie hoch das Krebsrisiko für den Menschen durch die Aufnahme von Acrylamid-haltigen Lebensmitteln ist, lässt sich nicht sicher abschätzen. Es gibt zum heutigen Zeitpunkt aber keine wissenschaftlichen Gründe daran zu zweifeln, dass das krebserzeugende Risiko auch für den Menschen besteht.

Die vorläufige Bewertung des Bundesinstituts zeigt, dass das Risiko für Kinder vergleichbar groß ist wie für Erwachsene. Sollten sich aus den eingehenden Daten neue Aspekte für die Risikobewertung ergeben, wird das BfR die Öffentlichkeit entsprechend informieren. Unabhängig davon sollte das Schutzniveau für Kinder aber grundsätzlich besonders hoch angesetzt werden. Für Säuglings- und Kleinkindernahrung resultieren daraus besondere Qualitätsansprüche und für die Hersteller eine besondere Verantwortung für ihre Produkte.

Weitere Informationen zu Acrylamid und zur Bewertung des gesundheitlichen Risikos finden Sie auf unserer Homepage (www.bfr.bund.de) unter dem Menüpunkt "Aktuelles".

10.12.2002 Europäisches Netzwerk zur Überprüfung der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Bestandteile in Lebensmitteln gegründet

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ist Gründungsmitglied eines europäischen Netzwerkes von Laboratorien, das künftig für die Entwicklung und Evaluierung von Nachweismethoden für gentechnisch veränderte Bestandteile in Lebensmitteln verantwortlich sein wird. Am 4. Dezember 2002 wurde in Brüssel der Gründungsvertrag unterzeichnet. Laboratorien aus allen Europäischen Mitgliedstaaten gehören diesem Netzwerk an.

Die Mitarbeiter des BfR (bis 31.10.2002 BgVV) haben bereits 1995 mit der Entwicklung von Nachweismethoden für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in Lebensmitteln begonnen. Das weltweit erste amtliche Standardverfahren auf diesem Sektor wurde 1997 durch eine in diesem Hause koordinierte Arbeitsgruppe entwickelt und getestet. Mittlerweile wurden sieben Methoden zur Identifizierung derartiger Bestandteile in die amtliche Sammlung von Nachweisverfahren aufgenommen. Eine vollständige Liste der in Deutschland verfügbaren amtlichen Standardverfahren kann auf der Homepage des BfR (www.bfr.bund.de) eingesehen werden.

Die hochempfindlichen Nachweisverfahren beruhen auf modernster molekularbiologischer Technologie, mit deren Hilfe kleinste Mengen des neu in die Pflanzen eingebrachten Erbmaterials aufgespürt werden können. So reichen schon wenige DNS-Moleküle aus für den Nachweis. Zur Kontrolle des im Jahr 2000 eingeführten Grenzwertes von einem Prozent für Lebensmittel, die Zutaten aus gentechnisch veränderten Mais- und Sojapflanzen enthalten, wurden am BfR Nachweisverfahren etabliert, die eine quantitative Bestimmung der in den Lebensmitteln enthaltenen gentechnisch veränderten DNA gestatten.

Der in der vergangenen Woche im EU-Agrarministerrat erzielte Kompromiss, alle aus gentechnisch veränderten Organismen (GVO) hergestellten Lebens- und Futtermittel ab einem Schwellenwert von 0,9% zu kennzeichnen, ebnet den Weg für neue umfassende Regelungen zum Inverkehrbringen und zur Kennzeichnung derartiger Erzeugnisse. Das nun auf europäischer Ebene gegründete Netzwerk von Laboratorien gewährleistet, dass die Einhaltung der künftigen Kennzeichnungsregelungen europaweit einheitlich kontrolliert werden.

P.S: Scherrmann: Ich moechte nochmals daran erinnern: Ich gebe auch Pressemitteilungen vom Bundestag und von Behoerden (aus Deutschland, selten aus Oesterreich und der Schweiz) weiter, weil ich es fuer wichtig erachte, dass alle, die etwas aendern moechten, ueber den derzeitigen Stand der Diskussion informiert sind und so gegebenenfalls gezielter aktiv werden koennen. Dass ich sie in die newsletter aufnehme, bedeutet nicht, dass ich sie gut oder ausreichend finde.

=====

Ende des newsletter/d/38

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann, Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529 email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org, web: <http://www.safer-world.org> SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt